



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 36 - Plenarwoche 4. - 8. Juli 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

Das Europäische Parlament (EP) arbeitet nicht nur in Ausschüssen und Fraktionssitzungen. Jedem Europaabgeordneten bleibt die Möglichkeit, sich für bestimmte (Interessens-) Gebiete besonders stark zu machen. Dafür gibt sog. "Intergroups". Über solche von Parlamentariern beantragte Interessengruppen wird zu Beginn einer Legislaturperiode abgestimmt. Jeder Abgeordnete kann eine oder mehrere Interessensgruppen unterstützen, in denen er sich besonders engagieren will. Letztlich werden die 25 Interessensgruppen mit den meisten Mitgliedern und Stimmen offizieller Teil des EPs. In deren Sitzungen werden Themengebiete besprochen, Positionen ausgearbeitet und Gesetzesinitiativen unterstützt. Ich bin Mitglied in den Intergroups "Nachhaltige Jagd, Biodiversität und ländliche Entwicklung", "Wald", "Tourismus" sowie "Strafverfolgung und organisierte Kriminalität".

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Gefährliche Weichmacher in Kinderspielzeug

In Kinderspielzeug und Babyartikeln dürfen in der EU künftig keine Weichmacher mehr verwendet werden. Nach acht Jahren der Diskussion verabschiedete das EP am Dienstag eine Richtlinie, die die Verwendung so genannter Phthalate verbietet. Die neuen Bestimmungen gelten auch für importierte Produkte und müssen von den Mitgliedstaaten spätestens ab Herbst 2006 eingehalten werden. Phthalate gelten als gesundheitsgefährdend und sollen sich vor allem schädigend auf die Fortpflanzung auswirken. Der EU-Ministerrat muss der Regelung noch zustimmen. Da er sich mit dem EP aber zuvor auf den abgestimmten Kompromiss verständigt hatte, gilt dieser Schritt nur noch als Formalität.

2. Computerimplementierte Erfindungen

Das Europäische Parlament hat in zweiter Lesung den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates zu der umstrittenen Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen mit 648:14 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt. Ziel der Richtlinie war die Harmonisierung der Regelung zur Patentierung computerimplementierter Erfindungen. Mit dem Votum des Parlaments ist das Gesetzgebungsverfahren gescheitert. Der Richtlinienentwurf wurde aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Viele Befürworter der Richtlinie kritisierten, dass angesichts der Vielzahl der Änderungsanträge und aufgrund fehlender Kompromissbereitschaft auf allen Seiten kein rationaler Kompromiss zu erreichen war. Den Vielen Kritikern ging die vorgesehene Patentierbarkeit viel zu weit. Sie fürchteten erhebliche Nachteile vor allem für den Mittelstand. Andererseits sollte das Ziel des europäischen Gesetzgebers sein, auch künftig High-Tech-Patente mit Softwareunterstützung zu ermöglichen.

3. Aussprache über Europäische Strukturfonds

Am Mittwoch stimmte das EP über die Reform der Europäischen Strukturfonds ab. Kernstück der Diskussion ist ein Bericht über die allgemeinen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds. Damit soll die Kohäsionspolitik 2007-2013 reformiert werden. Der Bericht befürwortet die vorgesehene Mittelausstattung der Kohäsionspolitik mit 0,41 Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens. Zudem werden gemeinsame Vorschriften, Standards und Grundsätze festgelegt, die für den EFRE, den ESF und den Kohäsionsfonds gelten. Ein vom Schattenberichterstatter Rolf Berend (CDU) betreuter Bericht über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung befasst sich mit dessen Anwendungsbereich und den Vorschriften zur Förderfähigkeit der Ausgaben. Er betont die Ausrichtung der Programme auf die Ziele Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und europäische territoriale Zusammenarbeit.

4. Abstimmung über außervertragliche Schuldverhältnisse

Der vom EVP-ED-Schattenberichterstatter Rainer Wieland (CDU) betreute Bericht über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“) lag dem Plenum zur Abstimmung vor. Ziel des Kommissionsvorschlags ist die Vereinheitlichung der einzelstaatlichen Kollisionsnormen für außervertragliche Schuldverhältnisse, wodurch die Harmonisierung des internationalen Privatrechts weiter vorangebracht wird. Damit wird gesichert, dass bei grenzübergreifenden Streitfällen im Zusammenhang mit außervertraglichen Schuldverhältnissen gleiches Recht zur Anwendung kommt. Der Vorschlag beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragen der zivilrechtlichen Haftung für anderen zugefügte Schäden, zum Beispiel bei Verkehrsunfällen oder Unfällen, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht werden, oder bei Verletzungen der Privatsphäre oder Verleumdung.

5. Chancengleichheit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen

Der Bericht von Angelika Niebler (CSU) befasst sich im Mitentscheidungsverfahren mit der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen. Die Kommission will mit ihrem Richtlinienvorschlag eine Reihe bereits bestehender Rechtsvorschriften in einem Rechtstext zusammenfassen. Dabei handelt es sich um die Richtlinie über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen, die Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, sowie die Richtlinien zur Gleichbehandlung in betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit, und über die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

6. Verschiedenes

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds
- Die Rolle der Frauen in der Türkei im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben
- Die Zukunft des Textil- und Bekleidungssektors nach 2005
- Jahresbericht 2004 der Europäischen Zentralbank

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int

und

Internet: www.europa-mayer.de